

**Niederschrift**  
**über die Sitzung des Betriebsausschusses Umweltbetrieb**  
**am 21.03.2018**

Tagungsort: Rochdale-Raum (Großer Saal, Altes Rathaus)

Beginn: 17:00 Uhr

Sitzungspause:

Ende: 19:00 Uhr

Anwesend:

CDU

Herr Thorsten Kirstein  
Frau Carla Steinkröger  
Herr Frank Strothmann  
Herr Werner Thole  
Herr Detlef Werner

SPD

Frau Dorothea Brinkmann  
Herr Ulrich Gödde  
Herr Hans Hamann  
Frau Sarah Kadur  
Frau Anne Catrin Rudolf bis 18.45 Uhr

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Gerd-Peter Grün bis 18.35 Uhr  
Herr Rainer-Silvester Hahn  
Frau Hannelore Pfaff

BfB

Herr Lothar Klemme

FDP

Herr Rainer Seifert

Die Linke

Herr Matthias Benni Stiesch

Von der Verwaltung:

Frau Ritschel	Beigeordnete für Umwelt und Klimaschutz
Frau Stücken-Virnau	UWB, Erste und Kaufm. Betriebsleiterin
Herr Jücker	UWB, Technischer Betriebsleiter
Frau Hauptmeier-Knak	UWB, Leiterin Geschäftsbereich Stadtentwässerung
Herr Busche (TOP 3.2, 5)	UWB, Abschnittsleiter Forsten
Frau Wilmes	UWB, Schriftführerin

Vor Eintritt der Sitzung stellt Herr Werner fest, dass die Einladung zur Sitzung ordnungsgemäß und fristgerecht erfolgt und der Ausschuss beschlussfähig ist.

## **Öffentliche Sitzung:**

### **Zu Punkt 1 Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 32. Sitzung des Betriebsausschusses des Umweltbetriebes am 21.02.2018**

Es werden keine Einwände erhoben.

#### **Beschluss:**

**Die Niederschrift wird nach Form und Inhalt genehmigt.**

**- Bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -**

### **Zu Punkt 2 Mitteilungen**

Es liegen keine Mitteilungen vor.

### **Zu Punkt 3 Anfragen**

#### **Zu Punkt 3.1 Anfrage zu Leerungen von öffentlichen Mülleimern in der Stadt**

##### Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6380/2014-2020

Herr Werner verweist auf die schriftliche Stellungnahme der Verwaltung.

##### **Beschluss:**

**- Der Ausschuss nimmt Kenntnis. -**

#### **Zu Punkt 3.2 Anfrage zu illegaler Müllentsorgung**

##### Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6394/2014-2020

Herr Werner verweist auf die schriftliche Stellungnahme der Verwaltung.

Frau Steinkröger weist darauf hin, dass viele Bürgerinnen und Bürger nicht wissen, wo sie Verunreinigungen melden können. Sie bittet, das Verfahren über die Bielefeld App nochmal zu bewerben. Sie fragt, ob gegen die Verursacher vorgegangen werde.

Herr Jücker erläutert, dass es nahezu unmöglich sei, den Verursachern

ihr Vergehen nachzuweisen. Das mache die Verfolgung der Fälle sehr schwierig. Die App nochmals verstärkt zu verbreiten, sei ein guter Hinweis. Sie werde immer noch relativ wenig genutzt, obwohl das System gut funktioniere.

Herr Busche teilt mit, dass im Wald vor allem die Bereiche von illegaler Müllentsorgung betroffen seien, in denen die Wohnbebauung direkt an den Wald grenzt. Dort würden Bürgerinnen und Bürger häufig ihre privaten Gartenabfälle abladen.

Gartenabfälle würden seitens des UWB in der Regel nicht beseitigt, da dies erfahrungsgemäß nur dazu führe, dass neue Abfälle abgeladen werden. Gefahrstoffe würden hingegen entsorgt. In Privatwäldern sei der jeweilige Besitzer in Zusammenarbeit mit dem Landesbetrieb Wald und Holz für die Entsorgung verantwortlich.

Einem Verursacher sein Fehlverhalten nachzuweisen, sei fast unmöglich. Falls ein Verursacher ermittelt werden könne, werde auch gegen ihn vorgegangen.

Herr Werner fragt, aus welchem Grund der Müll illegal entsorgt werde.

Herr Busche antwortet, dass er diesbezüglich nur Vermutungen anstellen könne. Er habe den Eindruck, dass es häufig Bequemlichkeit sei. Zudem sei hinsichtlich des Abladens von Grünabfällen keine Einsicht vorhanden. Dass auch von Grünabfällen Gefahren ausgehen, sei vielen nicht bewusst oder es werde ignoriert.

Herr Werner stellt fest, dass es zu dem Thema keine weiteren Fragen gibt.

Frau Brinkmann nimmt Bezug auf den Streik am 20.03.18 und die Zusage, dass die Abfuhr der Mülltonnen im Stadtbezirk Mitte nachgeholt werde. Sie fragt, wann dies geschehe und wie es mit der Gleichbehandlung in den Außenbezirken aussehe.

Herr Jücker erläutert, dass mit der Zusätzlichen Abfuhr begonnen worden sei und sie täglich soweit wie möglich fortgesetzt werde. Es würden jedoch die Kapazitäten fehlen, um die Leerungen in allen Bezirken nachzuholen. Das hänge damit zusammen, dass Samstag, der 24.03.18, nicht für Nachleerungen zur Verfügung stehe, weil der Tag wegen der Osterfeiertage bereits für Vorleerungen eingeplant sei. Es sei daher entschieden worden, Nachleerungen nur in den stärker bebauten Bereichen vorzunehmen. In den Außenbezirken sei es eher möglich, den Müll in Säcken zu sammeln und bis zur nächsten Abholung zu lagern. Es sei vereinbart und in einer Pressemitteilung bekannt gegeben worden, dass alle handelsüblichen Müllsäcke abgefahren werden.

Herr Hamann bittet, die Informationen nochmals durch eine Mitteilung zu verbreiten. Vielen Bürgerinnen und Bürger seien der Streik und die damit verbundenen Auswirkungen auf die Müllabfuhr nicht bekannt. Es werde immer weniger Zeitung gelesen, sodass der Informationsfluss gestört sei. Es müsse vermieden werden, dass der Müll durch die Gegend fliege.

Frau Pfaff teilt mit, dass es nicht helfe, eine weitere Information in den Tageszeitungen zu veröffentlichen, da kaum noch Zeitung gelesen werde.

Frau Ritschel erläutert, dass die Informationen gerne nochmal bekanntgegeben werden. Die Informationen zum Streik seien in den Zeitungen, im Internet und über das Radio verbreitet worden. Es gebe Grenzen, für Informationen zu sorgen und es könnten nicht alle erreicht werden.

Herr Werner stimmt ihr zu und bittet dennoch, in den Medien nochmal auf die Regelungen hinzuweisen.

### **Beschluss:**

**- Der Ausschuss nimmt Kenntnis. -**

## **Zu Punkt 4**

### **Anträge**

Es liegen keine Anträge vor.

## **Zu Punkt 5**

### **Bericht zur Situation des städtischen Waldes**

Herr Busche stellt anhand einer Powerpoint-Präsentation einen Bericht zum städtischen Wald vor (Die Präsentation ist dem Protokoll als Anlage 1 beigefügt.).

Im Anschluss an die Präsentation fragt Herr Stiesch in Bezug auf die Auswirkungen des Sturms, ob der Umweltbetrieb eine größere Anzahl an eigenen Maschinen vorhalten sollte, um nach einem Sturmtief ggf. die Auswirkungen schneller beseitigen zu können. Er fragt außerdem, ob Zwischenlagerplätze für Holz eingerichtet werden könnten, um den Wert des Holzes zu erhalten.

Ihn interessiere außerdem, ob das Bauamt mit dem Bereich Forsten in Kontakt sei, um abzustimmen, wie nah eine Bebauung an den Waldgrenzen dürfe.

Herr Busche teilt mit, dass er es nicht für sinnvoll erachte, zusätzliche Maschinen für den Umweltbetrieb anzuschaffen. Die Kosten, z. B. für einen Harvester, seien mit rund 450.000 € sehr hoch und sie könnten nur von einem geschulten Maschinenführer betätigt werden. Es sei ausreichend, dass im Betrieb ein entsprechendes Fahrzeug vorgehalten werde, das für den Tierpark und für den Forst genutzt werde. Im Übrigen müsse man sich an örtlichen Unternehmen bedienen. Örtliche Unternehmer seien in dem Fall wichtig, da Ortskenntnisse für eine nachhaltige Bewirtschaftung des Waldes von Bedeutung seien.

Grundsätzlich wäre es denkbar, Lagermöglichkeiten für Holz, zum Beispiel in Form eines Folienlagers, zu schaffen. Er habe aber schlechte Erfahrungen damit gemacht, da die Qualität des Holzes nicht - wie erhofft - erhalten werden konnte und die Lösung zudem sehr kostenintensiv sei. Es seien zu viele Kontrollen während der Lagerung erforderlich. Man könne nur auf einen feuchten Frühling/Sommer hoffen, damit das Holz, das von der Wurzel noch nicht abgetrennt sei, sich selber versorge. Das gelte jedoch nicht für Fichten und Kiefern, die schnellstmöglich aus dem Wald abgefahren werden müssten.

Hinsichtlich der Abstandsregelung zwischen Wald und Bebauung befinde man sich in enger Zusammenarbeit mit dem Bauamt und dem Umwelt-

amt. Der Bereich Forsten werde zu relevanten Bauvorhaben um Stellungnahme gebeten. Die Bebauung rücke aber tendenziell näher an den Wald, da es keinen Abstandserlass mehr gebe und Bauland knapp und teuer sei.

Frau Steinkröger fragt in Bezug auf die geschilderten Konfliktsituationen mit Waldbesuchern, ob der Umweltbetrieb nicht eine Verantwortung hinsichtlich der Sicherheit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu tragen habe.

Frau Stücken-Virnau erklärt, dass es auch in anderen Bereichen, z. B. bei der Müllabfuhr, vorkomme, dass Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter konfliktträchtigen Situationen ausgesetzt seien. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in diesen Bereichen würden geschult, sich in solchen Situationen zurückzunehmen und diese Situationen dadurch zu entschärfen.

Frau Steinkröger teilt mit, dass sie gehört habe, dass die Feuerwehr den Wald in Parzellen aufgeteilt habe, um verunglückte Personen finden und bergen zu können. Sie fragt, ob diese Information richtig sei und ob diese Aufteilung auch der Polizei bekannt sei.

Herr Busche bestätigt, dass mit der Feuerwehr Rettungspunkte im städtischen und im privaten Wald installiert worden seien. An markanten Punkten seien Schilder mit Nummern aufgestellt worden, für die bei der Feuerwehr Anfahrtspläne hinterlegt seien. Diesen Plänen sei neben dem Anfahrtsweg auch zu entnehmen, welches Rettungsfahrzeug für die Bergung der verunglückten Person geeignet sei (umgebauter Geländewagen oder „normaler“ Rettungswagen). Die Besucherinnen und Besucher könnten die Nummer melden und so zeitnah gefunden werden. Über die Presse sei das System veröffentlicht worden. Ob die Polizei ebenfalls auf das System zugreifen könne, sei ihm nicht bekannt. Die Zusammenarbeit mit der Polizei habe bisher jedoch immer gut funktioniert.

Frau Steinkröger fragt, ob ein umgebauter Geländewagen als Spezialfahrzeug ausreichend sei. Sie gehe davon aus, dass die Zahl der Unfälle im Wald aufgrund der Nutzung von E-Mountainbikes ansteigen werde.

Herr Busche erklärt, dass es aus seiner Sicht ausreichend sei. Grundsätzlich sei es schwierig, verunglückte Personen zu finden, wenn sie sich von den öffentlichen Wegen entfernen, was bei den Mountainbike-Fahrern meistens der Fall sei. Die Feuerwehr rücke in diesen Situationen mit einem großen Mannschaftswagen aus, um die Verletzten zu bergen und sie ggf. mit dem Geländewagen abzutransportieren. Die Rettungsaktionen würden teilweise dadurch erschwert, dass immer wieder Falschparker die Rettungswege versperren. Verständnis seitens der Falschparker sei in der Regel nicht vorhanden.

Frau Steinkröger fragt, ob die Traubenkirsche Schwierigkeiten verursache.

Herr Busche teilt mit, dass die Traubenkirsche insbesondere in Senne-stadt auf den trockenen Sandböden vorwüchsig gegenüber anderen einheimischen Baumarten sei. Sie werde aktiv durch Ringeln bekämpft, so dass sie austrocknen. Absägen bringe keinen Erfolg, da sie anschließend

stärker nachwachse. Perspektivisch könne man sie nur durch Waldbau-  
maßnahmen eindämmen, indem man einheimische Baumarten fördere,  
um die Traubenkirsche gezielt auszudunkeln.

Frau Brinkmann nimmt Bezug auf den Hinweis von Herrn Busche, dass  
das abgefahrene Holz verkauft werde. Sie fragt, zu welchen Rahmenbe-  
dingungen dies geschehe.

Sie fragt außerdem, ob nicht das Ordnungsamt eingeschaltet werden  
könne, wenn Fahrzeuge verkehrswidrig parken.

Herr Busche erläutert, dass es für die Vermarktung des Holzes keine  
festen Verträge für die hochwertigeren Sortimente gebe. Es sei keine  
Firma bereit, eine Festmetersumme zuzusagen. Es handele sich daher  
jeweils um Einzelvergaben. Problematisch sei derzeit, dass die Firmen  
nicht nachkämen, das Holz abzufahren.

Gegen Falschparker werde in Zusammenarbeit mit dem Landesbetrieb  
Wald und Holz vorgegangen. Von einem Falschparker würde ein Foto  
gemacht und an den Landesbetrieb Wald und Holz weitergeleitet. Dort  
werde ein Ordnungswidrigkeitenverfahren eingeleitet. Zur Ahndung der  
Ordnungswidrigkeit werde jedoch der Fahrzeugführer benötigt, das Foto  
sei nicht ausreichend.

Herr Hahn verweist auf den aktuellen Waldschadensbericht und fragt,  
von welchen Schadformen der Waldbestand betroffen sei.

Herr Busche erläutert, dass der Waldbericht auf stichprobenhaften Wald-  
inventuren basiere, die auch für Bielefeld Gültigkeit hätten. Das massive  
Waldsterben, das vor einiger Zeit vorausgesagt worden sei, sei zum  
Glück nicht eingetreten. Dennoch sei der Wald durch die Immissionen  
betroffen, der Klimawandel stelle die größte Ungewissheit dar.

Herr Hamann fragt, ob die Verkehrssicherungspflicht bei Veranstaltungen  
im Wald, wie dem Hermannslauf, bei der Stadt Bielefeld liege oder an  
den Veranstalter übertragen werde.

Er fragt zudem, welche Konsequenz aus den dargestellten Problemen  
(Langwierige Abfuhr des Holzes, Konflikte mit Waldbesuchern) zu ziehen  
seien. Er erkundigt sich, ob es Potenziale durch interdisziplinäre Zusam-  
menarbeit im Betrieb geben könnte.

Frau Ritschel antwortet, dass sie die größte Notwendigkeit darin sehe,  
dass die unterschiedlichen Waldbesitzer zusammenarbeiten. Es gebe  
daher seit mehreren Jahren den runden Tisch „Wald“, in dem die ver-  
schiedenen Waldbesitzer vertreten seien. Dadurch werde versucht, die  
Interessengruppen besser zu koordinieren.

Der Bericht von Herrn Busche sei auch im AfUK vorgestellt worden. Sei-  
tens der Privatwaldbesitzer sei der Vorschlag in den Raum gestellt wor-  
den, „Waldranger“ zu installieren. Es sei die Rede von 3 Personen gewe-  
sen, sodass nicht alle Bereiche ständig kontrolliert werden könnten. Der  
Vorschlag sei außerdem mit zusätzlichem Personal verbunden, aber  
dennoch eine Überlegung wert.

Aus ihrer Sicht sei es darüber hinaus wichtig, weiterhin für Verständnis zu  
werben und für Informationen zu sorgen. Ein solches Vorgehen bringe  
keinen schnellen Erfolg. Aber in der Regel werde auf Dauer pfleglich mit  
den Sachen umgegangen, die man zu schätzen weiß. Daher seien alle  
Veranstaltungen zum Thema Waldpädagogik richtig und die Öffentlich-

keitsarbeit ebenfalls sehr wichtig. Man müsse dafür sensibilisieren, dass der Wald ein großes Plus für Bielefeld sei und die Wertschätzung dafür weiter aufbauen. Darüber hinaus müsse darüber nachgedacht werden, wie man Abläufe verbessern könne, um Fehlverhalten zu sanktionieren. Zum Thema Mountainbiking sei ein eigener runder Tisch eingerichtet worden. Dieser habe sich die Aufgabe vorgenommen, die Ausübung des Sports mit den Verhaltensregeln im Wald zu vereinbaren. Dies sei eine sinnvolle Herangehensweise, da auch Mountainbiker beteiligt seien.

Herr Busche teilt mit, dass die Auftaktveranstaltung vor der Sitzung stattgefunden habe. Jede Gruppe habe andere Interessen, die zum Teil schwierig zu vereinbaren seien.

Die Verkehrssicherungspflicht bei Veranstaltungen liege bei der Stadt Bielefeld. Die Strecke des Hermannslaufes werde vom Umweltbetrieb kontrolliert. Die Kosten für die Beseitigung von Windwurf liegen beim UWB, die Kosten in Zusammenhang mit der Herrichtung der Strecke für den Lauf würden dem Veranstalter in Rechnung gestellt.

Frau Ritschel ergänzt, dass dies wie bei Veranstaltungen im innerstädtischen Bereich gehandhabt werde. In der Stadt liege zum Beispiel die Verkehrssicherungspflicht für Pflasterflächen bei der Stadt Bielefeld, für das Verlegen der Kabel sei hingegen der Veranstalter verantwortlich.

Herr Gödde weist darauf hin, dass vermutlich die wenigsten wissen, wie sie sich im Wald zu verhalten haben. Ihm sei beispielsweise auch nicht bewusst, dass der Falschparker im Wald anders behandelt werde als der Falschparker im innerstädtischen Bereich. Dies könne ein Ansatzpunkt für Konsequenzen sein.

Herr Busche erläutert, dass die unterschiedlichen Verfahren damit zusammenhängen würden, wer den Verstoß aufnimmt. Er weist aber auch darauf hin, dass es neben vielen Konfliktsituationen auch positive Begegnungen und angenehme Gespräche mit Besucherinnen und Besuchern im Wald gebe.

Herr Thole fragt, ob die 19 Steinbrüche, die es gibt, abgesperrt seien. Er bittet zudem zu erläutern, wann von „Wald“ geredet werde.

Herr Busche erläutert zu den Steinbrüchen, dass manche frei zugänglich und manche abgesperrt seien, um Tiere und seltene Pflanzenarten zu schützen. Absturzsicherungen würden ebenfalls vorgenommen. Wann von „Wald“ gesprochen werden könne, sei schwierig zu definieren und auch vor den Gerichten ein Streitfaktor. Letztendlich sei maßgeblich, dass sich ein Waldinnenklima einstelle. Dies sei nicht in Form einer Flächengröße oder durch eine bestimmte Anzahl an Bäumen zu bestimmen.

Herr Werner dankt Herrn Busche für den Bericht. In den Fraktionen werde über mögliche Konsequenzen diskutiert.

### **Beschluss:**

**- Der Ausschuss nimmt Kenntnis. -**

**Zu Punkt 6**

**Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der  
Verwaltung zum Sachstand**

Es liegen keine Berichte vor.

---

Detlef Werner  
Vorsitzender

---

Andrea Wilmes  
Schriftführerin